

3705/J XX.GP

der Abgeordneten Langthaler, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Vergabe von Bundesmitteln aus der Wohnbauförderung durch das Land Nieder -
österreich für Neubauten mit Elektroheizung

Elektroheizungen sind aus ökologischen und ökonomischen Gründen abzulehnen. Der Strom
zum Betrieb der Elektroheizungen stammt in den Wintermonaten überwiegend aus kalori -
schen Kraftwerken mit meist geringem Wirkungsgrad. Die CO² - Emissionen pro Kilowatt -
stunde Nutzenergie sind dadurch von allen neu installierten Heizsystemen die höchsten.
Zudem belasten Elektroheizungen das öffentliche Stromnetz gerade in den kalten
Wintermonaten am stärksten, in denen ohnehin bereits Spitzenbelastungen auftreten.
Hinzukommt, daß die Betriebskosten deutlich über jenen von konventionellen aber auch von
erneuerbaren Energieträgern liegen.

Einzig - kurzfristiger - Vorteil der Elektroheizungen sind die extrem niedrigen Investiti -
onskosten. Das ist auch der Grund, weswegen Elektroheizungen fast nur noch von einigen
Wohnbaugenossenschaften, die nur auf eine Minimierung der anfänglichen Investitions -
kosten bedacht sind, eingesetzt werden. Nach dem Motto „Inach mir die Sintflut“ werden die
hohen Betriebskosten den künftigen Bewohnern aufgebürdet. Damit ist die Installation von
Elektroheizungen nicht nur unökologisch, sondern letztendlich auch sozial verantwortungs -
los.

Während in vielen Bundesländern die Bestimmungen der Wohnbauförderung dieser verant -
wortungslosen Praxis längst einen Riegel vorgeschoben haben, werden in Niederösterreich,
wo die Kriterien für die Vergabe der Bundesmittel aus der Wohnbauförderung völlig veral -
tet sind, noch immer Neubauten gefördert, die mit Elektroheizungen ausgestattet sind.

Aus diesem Grund richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für
Umwelt, Jugend und Familie folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Wie beurteilen Sie den Umstand, daß in Niederösterreich noch immer Bundesmittel aus
der Wohnbauförderung für Neubauten vergeben werden, die mit Elektroheizungen aus -
gestattet werden?

2. Ist es aus Ihrer Sicht mit den Zielen der österreichischen Klimaschutzpolitik vereinbar, mit Bundesmitteln Elektroheizungen zu fördern, wo auf der anderen Seite versucht wird, durch Investitionszuschüsse (Beispiel: Ökoenergiefonds) erneuerbaren Energieträgern etwa auf Biomassebasis am Raumwärmemarkt zum Durchbruch zu verhelfen?
3. Ist Ihnen bekannt, wie hoch die Bundesmittel aus der Wohnbauförderung waren, die a) 1995, b) 1996 und c) 1997 in Niederösterreich in Neubauten geflossen sind, die mit Elektroheizungen ausgestattet wurden?
4. Welche Wohnbaugenossenschaften haben in den Jahren 1995 bis 1997 in Niederösterreich Neubauten errichtet, die mit Elektroheizungen ausgestattet wurden?
5. Welche Schritte werden Sie setzen, um diese umweltfeindliche, unwirtschaftliche und letztendlich auch sozial verantwortungslose Praxis in Niederösterreich ehebaldigst abzustellen?